

Thema: Attac

Autor: k.A.



Eine gute Manager-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) sorgt bei Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen für die nötige Sicherheit, um Geschäftsentscheidungen zu treffen, die die Gesellschaft voranbringen. Foto VMG

# Maßgeschneiderter Schutz für Manager und Führungskräfte

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bläst Führungskräften der Wind besonders heftig ins Gesicht: Bei Problemen oder Fehlentwicklungen werden sie neben dem Jobverlust immer häufiger mit Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe konfrontiert.

Vorstände, Aufsichtsräte, Geschäftsführer und Führungskräfte treffen Entscheidungen innerhalb eines engen Rahmens und haften nicht nur für ihre Entscheidungen, sondern auch für Fehler anderer Führungskräfte. Dazu kommen Pflichten aus der Überwachung, Kapitalerhaltung und Verschwiegenheit, denen sie als ordentlicher Kaufmann unterliegen. Außerdem müssen sie im Fall eines Schadens die Richtigkeit ihrer Entscheidung beweisen (Beweislastumkehr).

Mit der Amerikanisierung des europäischen Rechts nehmen Haftungsklagen ständig zu und die Haftungssummen erreichen schwindelerregende Höhen. Eine gute Manager-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) sorgt bei Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen für die nötige Sicherheit, um Geschäftsentscheidungen zu treffen, die die Gesellschaft voranbringen.

Die Haftpflichtversicherung (Directors & Officers) der VMG gibt Führungskräften dieses Sicherheitsgefühl und schützt sie vor den persönlichen Risiken beruflicher Fehlentscheidungen. Sie ist eine Kombination aus Rechtsschutz und Vermögensschadenhaftpflicht und deckt gerichtliche und außergerichtliche Kosten der Abwehr von unge-

rechtfertigten Ansprüchen sowie die Befriedigung berechtigter Ansprüche für geschäftsführende und Aufsichts-Organe, leitende Angestellte und deren Stellvertreter.

## Ein Auszug aus den wichtigsten versicherten Gefahren:

- Ansprüche wegen Pflichtverletzungen
- Mitversicherung von „Innen-Ansprüchen“
- Haftung bei Konkursverschleppung
- Kosten von Reputationsschäden, soweit sich diese in Zahlen ausdrücken lassen (Wertverluste an Börsen, Auftrags-Stornos etc.)
- Verfolgungsrecht der Gläubiger laut Aktiengesetz
- Haftung gegenüber Anteilseignern, abhängigen Gesellschaften (Tochterunternehmen) und Lieferanten

Die Auslöser aktueller Probleme sind oftmals in der Vergangenheit zu finden. Die automatisch vereinbarte **unbegrenzte Rückwärtsdeckung** bietet auch hierfür Versicherungsschutz.

Ein mögliches Schadenszenario: Eine Firma hat kein zuverlässiges Mahnsystem. Der Geschäftsführer hat sich darüber nie Ge-

danken gemacht. Über die Jahre häufen sich die offenen Rechnungen an. Bei Entdeckung der Rechnungen sind viele Forderungen jedoch schon verjährt.

Gerade bei der Haftung von Managern ändert sich vieles sehr rasch. Die VMG beobachtet die internationale Entwicklung, informiert Sie kontinuierlich über geänderte Risiken und berät Sie, wie man Deckungslücken schließt.

Die VMG ist ein Teil der Erste Bank-Gruppe und seit Jahrzehnten als führender Versicherungsmakler erfolgreich in Österreich tätig. Mehr als 20.000 Kunden im In- und Ausland vertrauen unserer Erfahrung und Beratungskompetenz. Informieren Sie sich auf [www.vmg.at](http://www.vmg.at).

Thema: Attac

Autor: k.A.



# Obama hat Recht – Faymann nicht

US-Präsident Barack Obama räumt im Finanzmarkt auf. Doch was für Amerika passt, muss noch lange nicht für Österreich gelten...

Foto: Marc Nebel from Merrimack, New Hampshire, USA / WIKI MEDIA



## EITEN FÜR ÖSTER

Bundeskanzler Werner Faymann fühlt sich von der Wirtschaft missverstanden und alleingelassen: Von Unternehmensvertretern und Finanzexperten hagelt es Kritik an seinen Plänen für eine Bankensteuer. Doch in der breiten Öffentlichkeit findet seine Ankündigung große Zustimmung.

Foto: BKA/HBF

**Die US-Banken und Finanzinstitute auszubremsten – der Gedanke ist reizvoll und kann der Weltwirtschaft nur gut tun. Aber die österreichischen Banken noch weiter besteuern? Über Sinn und Unsinn von populistischen Schnellschüssen.**

Von Ute Dora

Der Volkszorn ist geweckt und hat auch ein Ventil gefunden. Beziehungswiese: Es wurde ihm auf dem Silberteller präsentiert. Bundeskanzler Werner Faymann griff einen Teil des großen Finanzplans von US-Präsident Barack Obama heraus und servierte der Öffentlichkeit den Vorschlag, künftig die Bilanzsummen von Banken zu besteuern. Das sei kein Racheakt und auch keine Strafaktion, wies er entsprechende Kritiken zurück, sondern vielmehr als Solidaritätsbeitrag zu sehen. Schließlich sei ja auch der Staat – sprich der Steuerzahler – solidarisch mit den Banken gewesen, als die es bitter nötig hatten.

### „Grant auf die da oben“

So weit, so populistisch. In der Öffentlichkeit kommt der Plan denn auch recht gut an. Eine OGM-Umfrage Ende Jänner ergab, dass sich 59 Prozent der Österreicher für einen solchen Solidaritätsbeitrag aussprechen. Nur 23 Prozent waren dagegen, der Rest hatte keine Meinung dazu. Karin Cvrtila, die die Umfrage bei OGM verantwortete, analysiert: „In dem klaren Votum spiegelt sich ein „Grant

auf die da oben“ wider und auf die „Banken, die es sich wieder einmal richten“. Verstärkt wird die allgemeine skeptische Einstellung gegenüber den Banken durch die Ereignisse um die Hypo Alpe Austria.“ Mehr Munition bekommt die Öffentlichkeit natürlich auch durch Aussagen von Politikern wie der SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas (Zitat: „Die Banken sollten dankbar sein, dass die Republik in schwierigen Zeiten als Partner zur Verfügung stand“) oder dem SP-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (Zitat: „Banken gehören besteuert, auch um die Wut der Menschen zu dämpfen“), die noch eifrig Öl ins Feuer gießen (siehe auch Kasten Pro-Contra auf der übernächsten Seite). Solche Sätze mögen Stimmen bringen, gehen aber vollkommen an der Sache vorbei. Denn was für die USA richtig und sinnvoll sein mag – also die Zerschlagung der großen Finanzkolonnen, die eine ganze Weltwirtschaft mit in den Abwärtssog gerissen haben, sowie eine Steuer für die Banken, die dort keine Zinsen auf die Unterstützungspakete zahlen mussten – kann sich in Österreich als Katastrophe für die Wirtschaft erweisen.

### Banken zahlen sowieso schon

In vielerlei Hinsicht. Beginnen wir mit den Zahlungen, die die heimischen Banken ja neben den regulären Steuern, die jedes Unternehmen mit Beschäftigten zahlen muss, noch zu erbringen haben. Da gibt es beispielsweise die – europaweit einzigartige – Kreditvergabegebühr. Schon seit Jahren fordern Kritiker die Abschaffung dieses Kostenfaktors. Doch geschehen ist bislang noch gar nichts.

### 300 Millionen im Staatssäckel

Zum anderen zahlen die Banken, die Finanzhilfen angenommen haben, Zinsen – und das reichlich. In Zahlen ausgedrückt: „Für die österreichischen Banken sind rund 5,4 Milliarden Euro an Kapital aufgewendet worden“, fasst Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zusammen. „Für den Bund ergibt sich daraus ein Überschuss, weil die gestunden Banken zwischen acht und 9,3 Prozent Zinsen zahlen. Die, die das nicht können, wie die Hypo Alpe Adria, würden auch kaum Bankensteuer zahlen.“ Womit auch das Argument „Hypo Alptraum Adria“ vom Tisch wäre.

Auch WKO-Chef Christoph Leitl kann einer solchen „Strafaktion für Banken“, wie er es nennt, nichts abgewinnen. Auch er verweist darauf, dass die heimischen Banken Zinsen von acht bis neun Prozent bezahlen und betont: „Auch das ist ein Beitrag zur Krisenbewältigung.“ Es sei einfach ein Irrtum, anzunehmen, unsere Banken trügen irgendeine

Thema: Attac

Autor: k.A.



**WKO-Chef Christoph Leitl kann einer „Strafaktion für Banken“, wie er es nennt, nichts abgewinnen. Er verweist darauf, dass die heimischen Banken Zinsen von acht bis neun Prozent bezahlen und betont: „Auch das ist ein Beitrag zur Krisenbewältigung.“**

Foto: WKO

Mitschuld an der Wirtschaftsmisere. Sie könnten nichts dafür, dass „gierige Großspekulanten in New York und London eine globale Finanzkrise ausgelöst haben“.

### Der Kunde zahlt die Zeche

Und in der Wirtschaft besteht überhaupt kein Zweifel, wer schlussendlich die Zeche für eine Bankensteuer zahlen müsste: „Am Ende eines Tages müsste eine solche Sondersteuer vermutlich der Kunde zahlen“, sagt Bankensektionsobmann und RZB-Chef Walter Rothersteiner. Dem stimmt Wifo-Bankenex-

perte Franz Hahn von ganzem Herzen zu und formuliert gegenüber der Presse seine Befürchtung, dass so Kredite teurer würden – und die Nachfrage entsprechend sinken wird. Was wiederum ausgesprochen schlecht für die schnelle Erholung der Wirtschaft ist. Und auch dem ehemaligen Chefökonom der CA und Ex-Direktor in der Österreichischen Nationalbank Josef Christl fallen noch reichlich Argumente ein, warum eine Bankensteuer derzeit völlig kontraproduktiv wäre. So schrieb er in einem Kommentar für den Standard: „Die Maßnahmen von Politik, Notenbanken und Aufsehern waren bisher durchaus erfolgreich, sind aber noch keineswegs abgeschlossen, wie das vor kurzem vorgelegte Konsultationspapier des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors (Basel III) zeigt. Die nun vorgeschlagene Bankensteuer würde diese Bestrebungen konterkarieren, weil sie tendenziell die Möglichkeit verringert, höhere Eigenkapitalpuffer zu bilden.“

### Kreditvergabe wird bestraft

Insbesondere, so der Gastprofessor an der WU Wien weiter, hätten vor allem die weniger profitablen Banken unter ihr zu leiden, da die Bankensteuer auf die Bilanzsumme und nicht auf den Gewinn abziele – und somit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit außer Betracht lasse. Kurz: Die Banksteuer

### Wifo-Lösungen



Karl Aiginger, Chef des Wifo, spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.  
Foto: Wifo

Wifo-Chef Karl Aiginger fordert eindringlich dazu auf, mit dem Bonus des niedriger ausgefallenen Defizits (3,5 statt 3,9 Prozent des BIP) die drei Problemzonen Arbeitslosigkeit, Budget- und Reformdefizit anzugehen: „Bevor diese Rucksäcke nicht leichter sind, spreche ich nicht von einem Ende der Krise.“ Eine Konsolidierung des Haushaltes sei ab 2011 angebracht, jetzt solle die Regierung für Wachstum und Strukturreformen sorgen.

Die Bankensteuer bewertet Aiginger als „politische Ansage“. Es sei aber möglich, Eigenkapital zu erhöhen, Bankkredite in Eigenkapital umzuwandeln sowie einen Versicherungsfonds zu etablieren. Realistischer sei eine Finanztransaktionssteuer: „Die ideale Steuer“, nennt sie Aiginger.

Thema: Attac

Autor: k.A.



Foto: Jupiterimages

tendiert dazu, das Bankensystem instabiler zu machen. Und das in einer Zeit, in der nichts dringlicher ist als ein stabiles Finanzsystem.

Es gibt noch weitere Gründe, die belegen, warum das, was in den USA wirklich Sinn

### ■ FMA – Krise dauert noch an

Die Finanzmarktaufsicht (FMA) Österreich gibt keine Entwarnung für die Banken. Die Realwirtschaftskrise werde sich durch nicht bediente Kredite 2010 noch mit „massiven Wertberichtigungen in den Bilanzen“ niederschlagen, heißt es in einem aktuellen Bericht. Der Ratschlag der beiden FMA-Vorstände Kurt Pribil und Helmut Ettl an die österreichischen Finanzinstitute: Jetzt aus dem Gewinn lieber Kapital aufbauen, statt üppige Dividendenzahlungen vorzunehmen. Weitere Verstaatlichungen (nach der Hypo) sehen die FMA-Chefs im Moment nicht, wollen sie aber nicht ausschließen. Für Garantien und Eigenkapitalhilfen sei das Bankenpaket geöffnet geblieben. In den vergangenen sieben, acht Jahren sei das Banken-Kapital absolut deutlich abgesunken, sagten Ettl und Pribil im „Klub der Wirtschaftspublizisten“. Das läge vor allem an „Basel“-Berechnungsmethoden. „Im System gibt es zu wenig Kapital. Sonst hätten die Staaten nicht so viel zuschießen müssen.“

Zwar würden die vorbereiteten schärferen Eigenkapitalregeln (Basel III) erst in ein paar Jahren wirksam. Vorher werden allerdings noch jede Menge „impact studies“ erstellt. Dennoch würden Markt und Ratingagenturen dickere Kapitalpolster schon weit früher vorwegnehmen und voraussetzen. Soll heißen: Auch heimische Banken sollten nun Gewinne thesaurieren und auf „exzessive Ausschüttungen verzichten, bevor der ganz große Run aufs Kapital einsetzt oder der Zwang entsteht, Geschäfte zurückzufahren“.

Den beiden Aufsichtsbeauftragten zufolge haben erste Studien errechnet, dass Österreichs Banken ihr Kernkapital voraussichtlich um ein Viertel anheben müssen, was nach aktuellen Kernkapitalsummen im Land einen frischen Bedarf von zwölf bis 13 Milliarden Euro ausmachen würde.

### ■ Bankensteuer – pro und contra

Die Idee, die Bilanzsummen der Banken zu besteuern, spaltet die Gemüter. Wir haben die wichtigsten Argumente für Sie zusammengestellt.

#### Pro

**Andreas Schieder**, SPÖ-Finanzstaatssekretär: „Banken gehören besteuert, auch um die Wut der Menschen zu dämpfen.“

**Herbert Tumpel**, Präsident der Arbeiterkammer: „Jetzt sind die Banken dran. Vom Bankenpaket hat der gesamte Bankensektor profitiert, es muss also auch der gesamte Sektor einen Beitrag leisten.“

**Laura Rudas**, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin: „Die Bankensolidar-Abgabe wäre ein Beitrag für eine gerechte und faire Budgetkonsolidierung. Die Banken sollen dankbar sein, dass die Republik in schwierigen Zeiten als Partner zur Verfügung stand.“

**Wilhelm Habertzettl**, FSG-vida-Vorsitzender: „Die Banken sollen einen Solidarbeitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Zusätzlich müssen auch die Steuerprivilegien der Privatstiftungen beseitigt und eine Diskussion um eine faire Besteuerung großer Vermögen geführt werden.“

**Werner Kogler**, Budget- und Finanzsprecher der Grünen: „Die Banken müssen ihren Beitrag zu den Kosten der Finanzkrise leisten. Die Milliarden an Steuergeldern, die in die Banken gepumpt wurden, müssen auch wieder zurückkommen.“

**Karin Kübelböck**, ATTAC-Finanzexpertin: „Die Banken haben – obwohl sie das natürlich bestreiten – die Finanzkrise wesentlich mitverschuldet. Jahrelang wurden die Gewinne privatisiert, die Vermögensverteilung immer ungleicher. Eine Bankensteuer ist daher mehr als angebracht – wenn auch nur ein erster Schritt.“

**Günter Geyer**, Generaldirektor der Wiener Städtischen: „Die heimischen Institute haben die Krise nicht verursacht. Am sinnvollsten wäre es in dieser Situation, sich international für eine Transaktionssteuer starkzumachen.“

Foto: Wiener Städtische



macht, nicht der österreichischen Wirtschaft übergestülpt werden darf. So würde durch das Faymann-Vorhaben die größte Steuerlast auf die klassischen, kreditvergebenden Finanzinstitute abgewälzt, die Investmentbanken dagegen kämen weitaus besser weg. Das heißt: Die wirtschaftsstärkende Unternehmensfinanzierung durch das Bankensystem in Österreich wäre stärker beeinträchtigt als die Kreditvergabe über Anleihenmärkte, die in den USA ja dominieren. Quasi ein Schuss, der nur nach hinten losgehen kann.

#### Contra

**Reinhold Mitterlehner**, Wirtschaftsminister: „Steuererhöhungen sollten wirklich nur als letztes Mittel übrig bleiben. Statt dessen wünsche ich mir vielmehr Kreditaktionen und günstiges Kapital für die Unternehmen. Statt einer Abgabe, für die die Kunden die Zeche zahlen müssen, wäre es sinnvoll, die schlecht ausgebildete Eigenkapitalunterlegung aufzustoocken und bei den Regelsystemen, den Bankprodukten und der Aufsicht anzusetzen.“

**Christoph Leitl**, Präsident WKO: „Ja zu einer Spekulationssteuer – aber Nein zu einer allgemeinen Bankensteuer!“

**Ewald Nowotny**, Nationalbank-Gouverneur: „Man muss die gesamtwirtschaftlichen Effekte beachten. So kann die Kapitalausstattung der Banken ja auch Auswirkungen auf die Kreditvergabe oder die Beschäftigung haben.“

**Franz Hahn**, Bankenexperte beim Wifo: „Als Ökonom kann ich eine Steuer, die einen Lenkungseffekt hat und die das Bankensystem stabiler und möglicherweise auch effizienter macht, eigentlich nur befürworten. Eine Steuer, so wie sie in Amerika diskutiert wird, geht da zumindest in die richtige Richtung. Eine Steuer dagegen, die sich nur auf die Bilanzsumme bezieht, wie in Österreich diskutiert, erzeugt diese Wirkung nicht.“

**Günter Geyer**, Generaldirektor der Wiener Städtischen: „Die heimischen Institute haben die Krise nicht verursacht. Am sinnvollsten wäre es in dieser Situation, sich international für eine Transaktionssteuer starkzumachen.“

**Günter Stummvoll**, Finanzsprecher ÖVP: „Einer sachlichen Prüfung hält eine Bankensteuer für Österreich nicht stand, ja sie wäre geradezu absurd.“

**Karl Sevelda**, Vorstand der Raiffeisen Zentralbank: „Da muss man sich schon fragen: Macht es Sinn, erst (staatliches) Partizipationskapital zur Stärkung des Eigenkapitals zu begeben, wenn dann die Bildung von Eigenkapital unterbunden wird?“

### Zocker besteuern

Sehr viel sinnvoller sei es doch, Spekulanten zur Kasse zu bitten, fordert auch WKO-Präsident Leitl. „So wie der Kanzler und Vizekanzler trete ich für eine europäische bzw. internationale Finanztransaktionssteuer ein“, findet er letztlich doch noch einen gemeinsamen Nenner mit den Plänen der Bundesregierung. „Wer am Finanzmarkt spekuliert, soll dafür auch Steuern zahlen. Darüber gibt es eine breite Einigkeit.“ Und über den Rest wird wohl noch länger diskutiert werden.